



RATHAUS DEPESCHE

AUSGABE NR. 157

NOVEMBER 2016

Mehr über unsere Arbeit erfahren Sie auf unserer Internetseite oder auf der Facebook-Seite der SPD Nürnberg.

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser der Rathaus-Depesche,
im November stehen traditionell die städtischen Haushaltsberatungen an. Der Stadtrat wird dabei entscheiden, welche Investitionen und Projekte in den nächsten Jahren realisiert und finanziert werden können.

Die übergeordneten politischen Rahmenbedingungen wirken dabei leider etwas befremdlich: In Berlin und München wird die schwarze Null im Bundes- und Landeshaushalt vor allem aus den Kreisen der Union zum unumstößlichen Ziel erklärt und über Steuersenkungen diskutiert. Die unterste politische Ebene mit den tausenden Gemeinden und Städten muss das in ihren Haushalten ausbaden. Auf deren Kosten wird sich saniert. Fast alle Städte, auch Nürnberg, kämpfen mit sanierungsbedürftigen Brücken und

maroden Schulen und haben steigende Ausgaben für Kinderbetreuung, Integrationsarbeit und Sozialtransfers zu stemmen. Kurzum: Das Geld reicht nicht für die Vielzahl an Herausforderungen.

Lange haben die Städte dafür gekämpft, dass sie von Bund und Ländern als politisch gleichwertige Partner wahrgenommen werden. Es wäre an der Zeit, dass sie bei den zentralen Themen endlich mit am Verhandlungstisch sitzen und bei Finanzierungsfragen mehr Gehör finden.

Ihr

Thorsten Brehm



MINDESTLOHN AUF STÄDTISCHEN BAUSTELLEN SICHERN

Die SPD sorgt für mehr Schutz vor „schwarzen Schafen“ der Baubranche. Bereits 2012 hatte der Bau- und Vergabeausschuss Maßnahmen zur Sicherstellung der Mindestlohnpflichten bei der Vergabe städtischer Aufträge ergriffen. Am 27. September diesen Jahres folgte nun der Ausschuss einem SPD-Antrag, der eine stärkere Kontrolle möglicher Verstöße gegen das Mindestlohngesetz verlangt und beschloss somit einstimmig eine Ergänzung der städtischen Vertragsbedingungen für Bauleistungen (BVB): „Der Auftragnehmer wird darauf hingewiesen, dass sich die Stadt Nürnberg vorbehält, bei einem begründeten Verdacht von Verstößen gegen das Mindestlohngesetz, die Zollbehörden hierüber in Kenntnis zu setzen.“ Diese Regelung gilt ebenso für die Eigenbetriebe der Stadt Nürnberg und soll auch von deren Tochterfirmen übernommen werden.



Auf Anregung von SPD-Stadtrat Gerhard Groh wird es am 16. November erstmals einen Runden Tisch der Stadt Nürnberg mit den Gewerkschaften, der Bauinnung, der Handwerkskammer und dem Zoll geben. „Die Gespräche“, so Groh, „sollen si-

cherstellen, dass man den schwarzen Schafen der Baubranche besser auf die Schliche kommt und sie von einer möglichen Auftragsvergabe ferngehalten werden können.“

Weitere Informationen: Gerhard Groh; gerhard.groh@spd-nuernberg.de



Nüst: PFLEGE UND BETREUUNG IM ALTER GEHÖREN ZUR STÄDTISCHEN DASEINSVORSORGE

Im Oktober wurde im Sozialausschuss die Aktualisierung des 2012 beschlossenen Masterplanes für das NürnbergStift vorgestellt. Die bereits eingeleiteten Schritte zur Restrukturierung, die dem Defizit der Alters- und Pflegeheime und des Ambulanten Dienstes im Bereich des NürnbergStiftes entgegenwirken sollen, zeigen seitdem schon Erfolge. Dies sind neben der Einführung eines neuen EDV- und eines detaillierten Controllingsystems auch Investitionen in das vorhandene, aber auch

bereits beschlossene Neubau des August-Meier-Heimes auf dem Grundstück in der Regensburger Straße. Für die Seniorenanlage St. Johannis sind derzeit ebenfalls Neubaupläne in Bearbeitung.

Aufgrund konzeptioneller Umstellungen stellt sich die Situation der Auslastung und damit Wirtschaftlichkeit positiver dar, als noch vor einiger Zeit. Die Umwandlung von stationären Langzeitpflegeplätzen in Kurzzeitplätze und die Pflege und Be-

Platnersberg nochmal überdenkenswert.

Im Bericht wird zudem deutlich, dass das 2012 entwickelte Konzept in manchen Punkten an aktuelle Entwicklungen angepasst werden musste. Die Versorgungsquote liegt im Vergleich zu anderen Städten in Nürnberg erheblich unter dem Durchschnitt. Die Auswirkungen des Pflegestärkungsgesetzes auf die Einrichtungen sind noch äußerst ungewiss, allerdings lässt ein Trend zum Grundsatz „ambulant vor stationär“ erkennen, was einen längeren Verbleib älterer Menschen in den eigenen Wänden beinhaltet und damit eine Abkehr vom klassischen „Altersheim“. Der ambulante Dienst, der sich derzeit ebenfalls in einer Phase der Umstrukturierung befindet, bleibt deshalb absehbar ein wichtiger Pfeiler im System. Gleichzeitig wächst aber auch der Bedarf für stationäre Pflegeplätze.

Auf diese veränderten Bedarfe hat das NürnbergStift mit der Umwandlung von Altenheimbereichen in stationäre Pflegeplätze reagiert. Weiterhin stehen der Ausbau des Modellprojekts mit der NorisInklusion, die Pflege von

Menschen mit Suchthintergrund, aber auch der Aufbau der Pflege von Menschen aus anderen Kulturkreisen für das NürnbergStift als neue Themen für das NürnbergStift auf der Agenda.

Eine gute Betreuung und Pflege im Alter für jeden Menschen ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Hier neben den privaten Marktakteuren auch ein städtisches Angebot zu haben, ist für die SPD-Fraktion ein wichtiges Bekenntnis zur Daseinsvorsorge und zu einer solidarischen Stadtgesellschaft.



Besichtigung der SPD-Fraktion in der Seniorenanlage St. Johannis des NürnbergStifts

in das zukünftige Personal, z.B. durch das Angebot von unbefristeten Vollzeitverträgen und neuen Arbeitszeitmodellen.

Deutlich wird im Bericht auch, dass eine wesentliche Belastung für das NürnbergStift die vielen alten Gebäude sind und es deshalb unbedingt Investitionen in neue Gebäude als Grundlage für die Zukunftsfähigkeit des NürnbergStifts bedarf. Bei den alten Gebäuden sind es derzeit insbesondere die Energiekosten, die hohe Fehlbeträge verursachen. Eine wichtige Maßnahme ist deshalb auch der

treuung von Menschen mit geistiger Behinderung in Kooperation mit der NorisInklusion sind auf die Zukunft ausgerichtet. Während das Konzept NürnbergStift2020 noch davon ausging, dass z. B. der Standort Platnersberg bis 2014 aufgegeben werden sollte, hat sich nun dank vielfältiger Maßnahmen die Wirtschaftlichkeit verbessert. Eine Studie kommt für Nürnberg zu dem Schluss, dass bis 2020 zusätzlich zu den bestehenden 5534 Pflegeplätzen 1000-3000 zusätzliche Plätze benötigt werden. Aus diesem Grund scheint auch die Aufgabe von Pflegeplätzen z.B. am



„PERSPEKTIVEN FÜR FAMILIEN“ – EIN ERFOLGSMODELL

Der Name des Modellprojekts der Stadt Nürnberg, das inzwischen bundesweit für Schlagzeilen gesorgt hat, ist Programm: Nicht einzelne Familienmitglieder, sondern die ganze Familie und ihr Umfeld stehen im Fokus. Mama, Papa und vor allem den Kindern wird unter die Arme gegriffen, der ganzen Familie eine Perspektive eröffnet: Förderung der Kinder, Unterstützung der Eltern bei der Erziehung und der Suche nach einem Arbeitsplatz, der das Einkommen der Familie weitestgehend sichert. Dafür arbeiten Jobcenter und Jugendamt Hand in Hand.

Diesen ganzheitlichen Ansatz zugunsten der Familie gibt es nur beim Modellprojekt „Perspektiven für Familien“ – Beschäftigung und Jugendhilfe im Tandem“, das sich an Familien und Alleinerziehende richtet, die Arbeitslosengeld II beziehen. Andere Instrumente oder Programme beschränken sich dagegen mehr oder weniger auf die Vermittlung von Leistungsempfängern in den Arbeitsmarkt. Es arbeitet deshalb auch wesentlich erfolgreicher. Ein Großteil der vermittelten Personen landet dabei in normaler Arbeit (68%), ein geringerer Prozentsatz

in geringfügigen Arbeitsverhältnissen (19%) und die Vermittlung ist auch wesentlich nachhaltiger als bei anderen Projekten.

Auch wurde die Frage untersucht, inwieweit die individuelle Lernförderung bei den schulpflichtigen Kindern ankam. Das Ergebnis: Alle Befragten hatten das Klassenziel erreicht und jeder Dritte konnte ins Gymnasium bzw. in die Realschule wechseln. Das Projekt hat also alle seine Ziele erfüllt: Mehr arbeitslose Menschen im SGB II sind in Arbeit gekommen, die Familien wurden stabilisiert, die Kinder gefördert – und es wurden Erfahrungen für eine bessere Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Jobcenter gesammelt.

Entstanden ist das Projekt 2009 auf Anregung des DGB Region Mittelfranken und des Sozialreferats der Stadt als Bestandteil des Strukturprogramms der Bayerischen Staatsregierung nach der Quelleinsolvenz. „Perspektiven für Familien“ hat in der Zwischenzeit bundesweite Beachtung gefunden. Landes- und Kommunalpolitiker haben sich das Projekt angeschaut, für gut befunden und

übernehmen es zum Teil im Rahmen ihrer Möglichkeiten.

Vor allem auch vor dem Hintergrund der sozialpolitischen Herausforderung durch die Langzeitarbeitslosigkeit ist das Modellprojekt ein Lichtblick. Allein in Nürnberg gibt es 7.077 langzeitarbeitslose Menschen und von den 20.000 erwerbsfähigen Langleistungsbeziehern sind über 13.000 schon seit vier Jahren oder länger auf Grundsicherung angewiesen. Statt mit einzelnen Maßnahmen immer wieder kleine Strohfeuer zu entzünden, müssen dauerhaftere, nachhaltige sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsperspektiven für diese Menschen entwickelt werden.

Die SPD-Stadtratsfraktion fordert deshalb ein entschiedenes Handeln auf allen politischen Ebenen. Ansatzpunkte könnten so erfolgreiche Projekte wie „Perspektiven für Familien“ sein. Aus all diesen Gründen setzt sich die SPD-Stadtratsfraktion nicht nur für eine Fortsetzung des Erfolgsmodells ein, sondern fordert auch seine feste Verankerung im Haushalt der Stadt Nürnberg.

Weitere Informationen: Gabriele Penzkofer-Röhl; gabi.penzkofer-roehrl@odn.de



ROTE KULTUR NACHT

19.11.2016

KÜNSTLERHAUS IM KUNSTKULTURQUARTIER KÖNIGSTRASSE 93
EINLASS AB 19 UHR WWW.ROTEKULTURNACHT.DE

VORVERKAUF 12,- EUR zzgl. VVK-Gebühr
ABENDKASSE 15,- EUR

Karten an allen bekannten Vorverkaufsstellen
 und unter www.reservix.de

KARL BRÖGER
 GESELLSCHAFT



SPLITTER AUS DEM STADTRAT UND DEN STADTTETLEN

Aus den Stadtteilen

WORZELDORF: Nach Berichten über verstärkten Maisanbau mit negativen Folgen für das ökologische Gebiet im Bereich des Königshofs stellt die SPD-Fraktion in einem Antrag noch einmal klar, dass die Verwaltung alle Möglichkeiten ausschöpfen soll, den Denkmalschutz durchzusetzen und den hohen ökologischen Schutzstatus im Landschaftsschutzgebiet sicherzustellen.

ZABO: Zur Erleichterung der Überquerung der Zerzabelshofer Hauptstraße vom Aussiger Platz zum Johann-Adam-Reitenspieß-Platz – insbesondere für Kinder und ältere Personen – beantragte die SPD-Fraktion die Einrichtung eines neuen Fußgängerüberweges zu prüfen.

SÜDBAHNHOF-AREAL: Auf Antrag der SPD-Fraktion wird eine Erschließung des Südbahnhof-Areals, mit einer Verlängerung der Straßenbahn und Weiterführungsmöglichkeit bis zur Messe geprüft.

Aus dem Stadtrat

PERSONELLES: Die SPD-Fraktion gratuliert Reiner Prölß ganz herzlich zu seiner Wiederwahl als Sozialreferent für weitere vier Jahre.

GRABSTEINE AUS AUSBEUTERISCHER KINDERARBEIT: Jüngste Gesetzesänderungen im Bayerischen Bestattungsgesetz erlauben der Stadt Nürnberg nun endlich die Wiedereinführung des Verbots von Grabsteinen, die aus ausbeuterischer Kinderarbeit stammen. Die SPD-Fraktion fordert deshalb, diese Möglichkeit auch schnell in die städtische Friedhofssatzung aufzunehmen.

SITUATION HÄNGEMATTE: Nachdem der Mietvertrag nicht verlängert wird, beantragt die Rathaus-SPD Hängematte e.V., der einzigen Notschlafstelle für drogenabhängige Menschen in Nürnberg, bei der Suche nach neuen Räumlichkeiten zu unterstützen und die Bettenkapazität den Bedürfnissen anzupassen.

ONLINE-PLATTFORM FÜR MEHR BÜRGERBETEILIGUNG: Die Stadt Nürnberg intensiviert ihre Bürgerbeteiligung

und schaltete dazu im Oktober eine neue Online-Plattform frei. Unter onlinebeteiligung.nuernberg.de können sich Nürnbergerinnen und Nürnberger, die vielleicht auch nicht die Zeit haben an den Vor-Ort-Terminen zur Bürgerbeteiligung teilzunehmen, rund um die Uhr einbringen. So können Sie z.B. mitentscheiden, wo Radständer benötigt werden, oder sich auch über den aktuellen Umsetzungsstand der Neugestaltung des Kontumaz-Garten informieren.

Auf Initiative der SPD-Fraktion wird sich auch die Stadt Nürnberg ab nächstem Jahr im März an den Wochen gegen Rassismus beteiligen.

DIE STADTRATSFRAKTION BESUCHTE:
30 Jahre Filmbüro Franken e.V. +++
Ein Jahr Z-Bau +++
Erntedankfest Bauernverband +++
Bürgerverein Eibach-Röthenbach +++
Empfang schottischer Jugendliche aus Glasgow +++
Meinungsträgerkreis Nördliche Altstadt +++
15 Jahre Bündnis gegen Depression +++
Nürnberger Kulturrucksack +++
Tagung: In Würde sterben – frommer Wunsch oder doch Wirklichkeit +++

neu-N

INFORMIEREN
MEINUNG BILDEN
MITREDEN

■ Qualität und bezahlbarer Wohnraum für alle – ein Widerspruch?

Glasbau im Künstlerhaus, KunstKulturQuartier, Königstr. 93, 90402 Nürnberg

Podiumsdiskussion am Di., 8.11.2016, 18.00 Uhr

neu-N

INFORMIEREN
MEINUNG BILDEN
MITREDEN

■ Älter werden im Wohnviertel – wie können Seniorennetzwerke noch besser werden?

Feuerwehrhaus, Habsburgerstraße 31, 90475 Nürnberg-Altenfurt

Bürgerdialog am Do., 1.12.2016, 16.30 Uhr